



GRUNDSATZ-ANFRAGE AN DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

(TEIL 1)

Beilt die AfD am falschen Baum?

Von HANS-PETER RADDATZ | Wer demokratische Spielregeln reaktivieren will, die die Fraktionen der Einheitspartei in Schwarz-Rot-Gelb-Grün (CDU-SPD-FDP-Grüne-Linke) verdrängt haben, hegte Hoffnungen, als sich Frontleute der AfD wie Beatrix von Storch und Gottfried Curio an das „Parlament“ wandten und den Einheits-Kommissaren, die sich „Abgeordnete“ nennen, ihren über Jahre aufgestauten Sünden katalog ins Stammbuch schrieben.

Wenn sich daraus eine „Alternative für Deutschland“ ableiten soll, bedarf es indes der alternativen Kräfte des gesamten Landes, weil die Einheitspartei das „Parlament“ und wesentliche Institutionen – Medien, Bildung, Justiz, Kirchen – beherrscht. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland kündigte zwar an, die politische Klasse „vor sich hertreiben“ zu wollen, ließ dabei allerdings außer Acht, dass man dafür (noch) kein Forum hat.

Denn so plausibel die Argumente sein mögen, die im Bundestag und auch in einigen Landtagen vorgetragen werden, sie

verpuffen im Tages-Getöse, weil das „Parlament“ zum Zentralkomitee und die Institutionen zu Pöbelkadern verkommen, die unter den welkenden Feigenblättern der „Demokratie“ und „Liberalität“ längst eine Diktatur der Zwangstoleranz aufgerichtet haben. Wer ihr nicht folgt, wer z.B. die Gewaltorgien der Islaminvasion ablehnt, ist „Volksverhetzer“, „Rassist“ und Schlimmeres, weist also üble Eigenschaften auf, die das Volk dazu „verhetzen“, AfD zu wählen.

Dies befeuert die Propaganda, die die AfD-Vertreter mit hysterischen Diffamierungen überzieht und ein bewährtes Muster fortsetzt, das mit dem Täuschungsbegriff des „Kulturdialogs“ die Enteignung der „hier länger Lebenden“ und den herrschaftsseitig erwünschten Staatsruin vorantreibt. Dass solches erklärte Strategie der politischen Klasse seit den 1970er Jahren ist, lässt sich in der kritischen Literatur (von Arnim, Raddatz, Bat Ye'or etc.) über die Gründe der aktuellen Radikalisierung nachlesen.

Nun wurde bekanntlich von der Kanzler-Kanzel stereotyp gepredigt, dass es dazu „keine Alternative“ gibt, was der Alternative für Deutschland zu denken geben sollte, weil es zum radikalisierten „Parlament“ der Neo-Diktatur (noch) keine Alternative gibt. Dessen staatsfeindliche Strategie steht dem Gemeinwohl-Konzept der AfD entgegen und ist eher geeignet, den Spieß umzudrehen und die AfD „vor sich her zu treiben“. Es unterliegt also verfassungsrechtlichem Zweifel, ob diese Konstellation der AfD ein kompatibles, geschweige denn kompetentes Debattenforum verfügbar machen kann, zumal der Paragraph, der die Volksverhetzung regelt, zu denen gehört, die in den letzten drei Jahrzehnten – natürlich an der Öffentlichkeit vorbei – ähnlich oft geändert wurde wie die flexiblen Kriterien der Arbeitslosenstatistik.

Gründe für die Zweifel füllen ganze Bücher, nicht nur die der genannten Autoren, sondern beschäftigen auch Staatsrechtler wie K.A. Schachtschneider und Josef Isensee, denen der tiefgreifende Verfall der Rechtspflege und politischen Hygiene

keineswegs entgangen ist. Jüngstes Praxisbeispiel war der AfD-Antrag, Aussagen des „deutschen Journalisten“ Deniz Yücel zu missbilligen, der u.a. 2011 mit einem markigen Spruch aufgefallen war: „Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite“ (s.u.).

Die cholerische Reaktion des „Parlaments“ bot eine Auswahl aus dem Diffamierungs-Potential, das die neo-diktatorischen Pöbelkader reflexartig absondern, wenn es gegen ihre Einheitslinie geht. Insofern war Alice Weidels Kommentar, Yücel sei „weder Journalist noch Deutscher“, zwar alles andere als „Unsinn“ (Michael Stifter), aber missverständlich verkürzt. Es fehlt der wichtige Zusatz, dass Yücel nur nominell Journalist und Deutscher ist, weil er – wie zahllose andere Trittbrettfahrer – dem staatsfeindlichen System mit „Hintergrund“-Qualitäten sowie Deutschenhass nützlich sein kann und daher Pass-Deutscher und Formal-Journalist ist.

Dies bildet längst ein institutionelles Muster, indem Politik, Stiftung, Universität, Recht, Kirche etc. die „Hintergrund“-Aktivisten ohne Facheignung in immer höhere Funktionen hieven und damit dem scheinbar pluralistischen Ideal sozialistischer Gleichschaltung näher zu kommen glauben. Solches lässt sich an jedem Genossen der Einheitspartei studieren, vorliegend an AfD-Kritikern wie dem Liberalen Wolfgang Kubicki und dem Grünen Cem Özdemir. Obwohl als Anwalt bzw. Kindergärtner sehr unterschiedlich qualifiziert, sind beide auf die volksfeindliche Stupid-Linie festgelegt, die sie sie dazu zwingt, der „rechtspopulistischen“ AfD Intellektualität abzusprechen (Kubicki) bzw. die Gleichschaltung überhaupt abzustreiten (Özdemir).

Also kann sich die Skepsis verstärken, die eine nächste, vom Verfasser dieses Beitrags angesagte Phase auf dem Weg in einen weiteren Totalitarismus erwarten lässt. Sie besteht in der Ausrufung des Ausnahmezustands, den die politsoziale Klasse kontrolliert, weil sie Widerstände gegen die Bürgerenteignung durch Mega-Immigration (demnächst Familien-Nachzug) selbst

provoziert und – mit dem „Blick nach rechts“ – bestimmt, wann die Zeit für die Aktivierung der Notstandsgesetze gekommen ist und die offizielle Diktatur völlig „demokratisch“ in Kraft treten soll.

In der langfristigen Staatsauflösung, die sich gegen Kritik seit Jahren erfolgreich mit der Valiumpille der „Verschwörungstheorie“ schützt, ist es üblich, Versuchsballons auf das Volk loszulassen, um die geistige Aufmerksamkeit und physische bzw. finanzielle Belastbarkeit zu testen. Nach dem noch laufenden Monstertest der Mega-Immigration erschien das Stichwort „Ausnahmestand“ scheinbar unauffällig in einem Beitrag des geeigneten, weil mediokren Propaganda-Mediums Zeit Online (22.02.18). Dort wird scheinheilig ausgeführt, dass der „Rechtsstaat“ gegenwärtig ausfasert und die Behörden aufgrund schierer Überlastung ihre Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit nicht erfüllen können – freilich ohne zu erwähnen, wer die „Führer“ des aus dem Ruder laufenden Staates eigentlich sind.

Zeit-Online hatte zuvor ihre Eignung als Radikal-Foren u.a. für die deutsch-kurdische Journalistin Mely Kiyak unter Beweis gestellt, die bevorzugt von Gesinnungsorganen gebucht wird und als weibliche Yücel-Version gelten kann. Sie bezeichnete den nach einer Tumor-Operation sprechbehinderten Thilo Sarrazin, der als Kritiker islamischer Intelligenz bekannt wurde, als „lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur“ und arbeitete sich an den Clausnitzer AfD-Protesten (Februar 2016) gegen die dortige Massenankunft von „Flüchtlingen“ ab, Dabei bewies sie eine angemessen radikale Systemsicht, zu der die große Mehrheit des „Kulturdialogs“ eher zustimmend schwieg. Sie besagt, dass wenn die Bürger, die kein Recht auf Protest haben sollen, dieses beanspruchen, als „enthemmter und entfesselter Mob“ gelten müssen, gegen den das Geschütz der Notstandsgesetze aufzufahren ist. Es versteht sich, dass mit derlei rassistischen Wahrnehmungen nur Menschen „mit Hintergrund“, nicht aber einheimische „Menschenkarikaturen“

davonkommen, die auch Yücel's Vision vom Völkersterben umso „berechtigter“ erscheinen lassen.

Dass solche Zustände insgesamt regierungsseitig gefördert werden und die AfD natürlich mit „Volksverhetzung“ und Rassismus“ verantwortlich sein soll, bedarf keiner gesonderten Erwähnung, so dass auch ein „Gefühl“ des Alexander Dobrindt (CSU) fast selbstverständlich erscheint. Ihm zufolge werden „wir Gründe in den nächsten Wochen und Monaten erleben, die eine Rechtfertigung der Beobachtung von Personen aus der AfD möglich machen ...“. In Bayern stehen im Herbst für die CSU Schicksalswahlen an, die der designierte Ministerpräsident Söder mit einem „der Islam gehört zu Bayern“ belastet und die Angst vor weiterer Stärkung der AfD so beflügelt, dass man sich zu robusteren Mitteln der Willkür veranlasst „fühlen“ könnte.

Hinzu kommt die Angst der Herrschenden vor dem Verlust der amtlich verbrieften Selbstversorgung und Korruption, die sie bzw. das willige Verfassungsgericht zu der „Alternative“ zwingen kann, nach NPD-Muster die AfD kraft Stopps der staatlichen Parteienfinanzierung auszutrocknen oder aber ihr Wohlverhalten so zu „kultivieren“, dass sie sich den Regeln anpasst und Juniorpartner der Einheitspartei wird. All das ist keine Spekulation, sondern gängige Einheitspraxis, die bisher jede demokratisch bzw. volksfreundlich auftretende Konkurrenz zur Strecke gebracht hat (von Arnim).

» Morgen Teil 2



PI-NEWS-Autor Dr. Hans-Peter Raddatz (18. August 1941 in Koblenz) gilt neben Prof. Tilman Nagel als einer der profiliertesten Orientalisten in Deutschland. Der Volkswirtschaftler, Berater und Publizist ist durch seine islamkritischen Schriften über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Zu seinen bekanntesten Werken zählen „[Von Allah zum Terror?](#) Der Djihad und die Deformierung des Westens“ (2002) und „[Allah und die Juden](#) – Die islamische Renaissance des Antisemitismus“ (2007).*



Keine Probezeit und kein Sitzenbleiben in 10. Jahrgangsstufe

Da Deutschland außer der Braunkohle über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, ist seit jeher das Humankapital ausschlaggebend für den Wohlstand unseres Landes. Daher ist es für unser Land besonders wichtig, durch einen hohen Bildungsstand der Bevölkerung weiterhin eine innovative Industrie, Wirtschaft und Forschung zu gewährleisten.

Nachdem aber eherne pädagogische Grundsätze immer mehr der ideologischen Verblendung von links-grünen Bildungspolitikern

weichen müssen, leidet in zunehmendem Maße der Ausbildungsstand der Schulabgänger. Schreiben nach Gehör führt zu Rechnen nach Gefühl, was wiederum zu nicht ausbildungsfähigen Schulabgängern führt.

Damit nicht genug, auf ein in weiten Teilen marodes und kaputt gespartes Bildungssystem, verschlimmbessert durch unzählige Reformen, trifft nun auch noch eine Armee von ungebildeten, teils analphabetischen Zuwanderern aus den Krisengebieten Afrika und Asiens.

Diese sollen ausgebildet und integriert werden, eine Aufgabe, die jeden logisch denkenden Menschen in Kenntnis des Bildungsstandes der Flüchtlinge als unlösbar erscheint.

Da es für den überwiegenden Teil der Zuwanderer völlig unmöglich ist, unsere Ausbildungsstandards zu erfüllen, muss auf fragwürdige Art und Weise nachgeholfen werden, um den politischen Vorgaben gerecht zu werden.

Anweisung aus dem Kultusministerium

In einem Schreiben des Bayerischen Kultusministeriums, das PI-NEWS vorliegt, wird deutlich, wie das vonstattengehen soll. Dort heißt es:

„Infolge des verstärkten Zuzugs von Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten, aber auch infolge von Mobilitätsmaßnahmen zur Gewinnung von Auszubildenden aus anderen Staaten der Europäischen Union befinden sich derzeit Schülerinnen und Schüler in den Fachklassen der 10. Jahrgangsstufe bzw. in den Klassen des Berufsgrundschuljahres, die migrationsbedingt noch nicht über so gefestigte deutsche Sprachkenntnisse verfügen, dass diese ausreichen, um die in den Klassen anfallenden Leistungsnachweise im erforderlichen Umfang inhaltlich zu erfassen.

Das Staatsministerium ist bemüht, für diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern Prüfungsformate und

Bewertungsmaßstäbe zu entwickeln, die einen erfolgreichen Abschluss der Berufsschule ermöglichen und gewährleisten, dass eine zutreffende Bewertung der erworbenen Kompetenzen und gezeigten fachlichen Leistungen unter Berücksichtigung des sprachlichen Rückstandes gesichert ist.“

Es ist also beabsichtigt, die Zuwanderer künftig anders zu prüfen und zu bewerten als ihre deutschen Mitschüler. Man will dabei den „sprachlichen Rückstand“ bei der Bewertung der erworbenen Kompetenzen in Betracht ziehen.

Abschlußzeugnis auf Biegen und Brechen für Zuwanderer?

Diese Formulierung lässt befürchten, dass eine Hintertür geschaffen wird, Zuwanderer mit einem Abschlusszeugnis auszustatten, obwohl sie nicht über die gleiche Fachkompetenz wie ihrer deutschen Mitschüler verfügen.

Einen Hinweis, dass es in diese Richtung geht, bietet die gegenwärtige Praxis, die für alle bayerischen Berufsschulen und Berufsfachschulen der Jahrgangsstufe 10 gilt. In dem Schreiben heißt es weiter:

„Die betreffenden Schülerinnen und Schüler absolvieren die Leistungserhebungen in der gleichen Form wie die übrigen Schülerinnen und Schüler der Klasse; es liegt im pädagogischen Ermessen der Lehrkraft, ob entsprechend der Art der Leistungserhebung den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit für die Bearbeitung eingeräumt wird –bis zu 25 % der Arbeitszeit. Die Leistungserhebungen werden regulär korrigiert, jedoch nicht benotet.“

Das heißt nichts anderes, als dass die ausländischen Schüler im Gegensatz zu deutschen Schülern in der 10. Jahrgangsstufe nicht durchfallen können und trotz ungenügender Leistung versetzt werden. Dies gilt sowohl für die Probezeit nach 6 Monaten in den Berufsfachschulen, als auch am Jahresende. Das

Schreiben stammt zwar aus dem Jahr 2015, wird aber aktuell umgesetzt.

Grobe Ungerechtigkeit gegenüber einheimischen Schülern

Diese Regelung stellt eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Schülern, die aufgrund schlechter Leistungen nach der Probezeit die Schule verlassen, bzw. am Jahresende das Schuljahr wiederholen müssen, dar.

Fazit: Dumme deutsche Schüler müssen sitzenbleiben, bzw. nach der Probezeit die Berufsfachschule verlassen und die Dummen unter den Zuwanderern werden versetzt, weil sie den „Vorteil“ haben, der deutschen Sprache kaum mächtig zu sein. Wenn das keine kluge Bildungspolitik ist!

Man darf gespannt sein, was den Leuten im Kultusministerium noch alles einfallen wird, damit unsere Flüchtlinge ein Papier in die Hand bekommen, das sie als „qualifizierte Fachkräfte“ ausweisen soll. Arbeitgeber und Verbraucher werden die Defizite zu spüren bekommen.

Hier das gesamte Schreiben im Wortlaut:



Seite 1.



Seite 2.



Joschka wirft jetzt mit Nazi-Worten

Von R.B. | Ausgerechnet der [frühere Steinewerfer](#) und zeitweilige Außenminister Joschka Fischer (Grüne) fühlt sich berufen, der Welt seine Weisheiten aufzudrängen und die AfD, die [einzige Partei im Bundestag ohne Nazi-Vergangenheit](#), in die unsaubere nationalistische Ecke zu stellen. In der AfD seien „viele Nazis“, sagte Fischer [in einem Interview der „Welt“](#).

Zwar sei nicht jeder, der die AfD wähle, ein Nazi, wohl aber Einzelne: „Oder wie soll wir Herrn Höcke oder Jens Meier oder manch andere dort bezeichnen?, äußerte sich Fischer ohne nähere Begründung.

Der heute als Berater tätige Grüne sieht in einem Nationalismus den „Dreck wieder hochkommen“. Früher habe der Nationalismus die Welt erobern wollen, heute ziehe er die Zugbrücken hoch. Er verstehe solche Bestrebungen insbesondere nach den Erfahrungen der Deutschen im Dritten Reich nicht.

Die Welt-Kommentare gehen überwiegend nachsichtig mit dem Ex-Außenminister um. Ein Volker W. schreibt: „Jetzt kennen wir also auch die unmaßgebliche Meinung von Herrn Fischer. Die AfD sieht’s gelassen, die Umfragewerte steigen“.



Todesacker – Mühlacker: Syrer filmt Schlachtung seiner Frau

Von JEFF WINSTON | Eine Blutspur zieht sich dieser Tage durch Baden-Württemberg – die so genannten „[Verwerfungen des historisch einzigartigen Experiments](#)“ der Blutraute und der Systemparteien – wie in den Tagesthemen vom 20. Februar ausführlich berichtet.

Syrer veröffentlicht Video auf Facebook – nicht gesperrt!

Am Freitagnachmittag hatte ein 41-jähriger Syrer in einer Wohnung in Mühlacker bei Stuttgart [seine 37-jährige Ehefrau getötet](#). Daraufhin ist der „Geflüchtete“ zunächst mit einem der gemeinsamen Söhne zu Fuß geflüchtet. Anschließend veröffentlichte der Täter das Video (siehe oben) von sich selbst auf Facebook, das ihn direkt nach der Tat zeigt.

Darin sieht man den 41-Jährigen mit blutverschmierten Händen: „Ich habe das Haus verkauft und alles verloren, nur damit wir in Frieden leben. Und sie hat das gemacht. Das ist nicht mein Fehler, sondern ihrer.“ Immer wieder betont er, er wolle nur mit seinem Sohn alleine leben.

Der übliche Freitags-Mord

Die minderjährige in der Wohnung verbliebene Tochter verständigte die Polizei am Freitag gegen 16.30 Uhr von der

Tat. Ein Großaufgebot der Polizei fahndete nach dem flüchtigen Täter und konnte ihn kurze Zeit später am Bahnhof in Mühlacker festnehmen. Augenzeugenberichten zufolge waren auch einige Zivilpolizisten vor Ort.

Die getötete Ehefrau ist laut Polizei ebenfalls von syrischer Staatsangehörigkeit. Die Kinder des Paares befanden sich zur Tatzeit in der Wohnung an der Hermann-Hesse-Straße in Mühlacker. Sie duften die Tat zur religiösen Erbauung auch mitansehen, wie aus dem Video deutlich hervorgeht.

„Die Kinder werden nun vom Jugendamt betreut“, erklärte eine Sprecherin der Polizei. Weitere Details wollten Polizei und Staatsanwaltschaft am Abend nicht nennen.

In seiner fast abendfüllenden Videobotschaft auf Facebook äußerte sich der 41-jährige Syrer zu seiner Bluttat: „Gerade bin ich zu meiner Frau gegangen um mit ihr zu sprechen und alle Probleme zu klären, um unsere Beziehung wieder bessern. Aber sie hat mich rausgeschmissen, woraufhin ich sie mit dem Messer erstochen habe.“

Die Ermittler gehen von einer „Beziehungstat“ aus. Diese erfolgen erfahrungsgemäß gerne freitags – Allahu Akbar!



Video: Demo aus Kandel!

Heute fand in Kandel die mit Spannung erwartete große Demonstration aus Anlass der Ermordung von Mia statt.

Es haben sich ca. 3000-4000 Teilnehmer aus ganz Deutschland eingefunden.

Als Redner traten unter anderem Dr. Christina Baum von der AfD, Claudia Ludwig von Pax Europa und Imad Karim auf.

Livestreams aus Kandel gab es auf [periscope.tv](https://www.periscope.tv) und auf dem Youtube-Kanal „[Reconquista](#)“!

Aufzeichnungen:

<https://www.facebook.com/PegidaSwitzerland/videos/1805466699754640/>

<https://www.facebook.com/PegidaSwitzerland/videos/1805421149759195/>

<https://www.facebook.com/PegidaSwitzerland/videos/1805343913100252/>



Biberach:

„Ehrenmord“-

Gemetzel im Kinderzimmer, Familie filmt mit

Von MAX THOMA | Unglaubliche Szenen im Zeichen des „historisch einmaligen Experiments“ in einem Kinderzimmer von „Schutzsuchenden“ in Laupheim bei Ulm: Ein 20-jähriger „Flüchtling“ aus Palästina hat [seiner schwangeren 17-jährigen Schwester Alaa](#) ein Messer in den Brustkorb gerammt, weil sie nach den Gesetzen des Islam die „Ehre“ der Familie befleckt hatte. Das Opfer überlebte schwer verletzt.

Stunden vor der Tat auf freien Fuß gesetzt

Eines von vielen hochbrisanten Details bei dem bestialischen Tathergang vorab: Der Bruder des Opfers und von der Familie ausgewählte „Ehrenmörder“ Abd Alrahman W. ist ein hochgefährlicher Islamist. Er ist erst acht Stunden vor dem Mordversuch (!!!) aus der Untersuchungshaft in Stuttgart-Stammheim entlassen worden. Der 20-Jährige sollte sich vor Gericht wegen des Vorwurfs der „Beihilfe zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ verantworten. Trotzdem setzten die baden-württembergischen Behörden Merkels Goldstück wieder untertänigst auf freien Fuß!

Sprengstoff! Material für 17 Bomben

Im Dezember 2016 ist Abd Alrahman W. mit dem Syrer Dieab K., 21, aus Biberach in einem Zug auf dem Weg nach Dänemark aufgegriffen worden. Im Rucksack des Syrers befanden sich 17.000 Zündhölzer, „Feuerwerks-Sprengstoff“ und 17 Zünd-Batterien zur Konstruktion für 17 tödliche Bomben. Die Ermittlungen ergaben, dass ein massiver Terroranschlag der beiden Merkel-Gäste in Kopenhagen bereits detailliert geplant war. Abd Alrahman konnte die Behörden an der dänischen Grenze jedoch überzeugen, dass er die Zündhölzer benötige, da er starker Raucher sei – und mit dem „Feuerwerk“ wollten es die

beiden in der Silvesternacht in Kopenhagen auf „Geflüchteten-Art“ etwas krachen lassen, ähnlich wie in Köln – also „harmlos“.

Abd Alrahman W. wurde daraufhin [in den Zug nach Biberach gesetzt](#), zwischenzeitlich dort verhaftet – und am Dienstag morgen in Stammheim wieder nach „Hause“ geschickt. Doch nicht nach „Palästina“, sondern nach Laupheim, wo das Unheil seinen Lauf nahm.

Die Hinrichtung – fast vollendet

Just aus Stammheim in Laupheim angekommen, schnappte sich Abd Alrahman W. seinen vermeintlichen Schwager „Alaa“, ein Messer, sowie seine Schwester „Alaa W.“. Es kam zu einem familiären Scharia-Stuhlkreis, denn die 17-jährige Alaa W. habe die Familienehre befleckt. Im Zuge der palästinensischen „Familienaufstellung“ wurde das Mädchen mit dem Messer mehrfach in die Brust gestochen, ihr Gesicht wurde brutal zerschnitten.

Wie durch ein Wunder – „Insch'Alaa“

Alaa hat wie durch ein Wunder den versuchten „Ehrenmord“ überlebt. Alaa ist vor Jahren mit ihrer palästinensischen Familie nach Deutschland „geflüchtet“. Das Mädchen ist höchstens 15, da klingeln schon die Hochzeitsglocken! Sie wird mit dem 17 Jahre älteren Syrer „Alaa“ verheiratet, natürlich nach Scharia-Recht, wie es sich in Deutschland gehört. Der Ehemann hat nicht nur den gleichen Nachnamen, sondern auch den gleichen Vornamen „Alaa“ wie das Mädchen. Er ist auch ein so genannter Fluüchtling – Alaa-dins Wunderlampe!

Mit 16 Jahren bringt Alaa am 7. April 2017 einen Sohn zur Welt, Elian. Ende 2017 wird das Mädchen wieder schwanger – der Geburtendschihad ruft unbarmherzig die neuen deutschen Gebärmaschinen an die Front. Aber sie will den „Ehemann“, der für sie ausgesucht wurde, nicht mehr. Alaa W. hat sich in Jamal A., 26 („Der Schöne“) verguckt, einen so genannten

Flüchtling aus Biberach.

Am Dienstag Abend soll Alaa zu Allah gehen ...

Nach Angaben der Polizei hat Alaas Bruder, Abd Alrahman W. – der Mann mit den Zündhölzern – ihr dann ein Messer in die Brust gerammt, außerdem beide Mundwinkel aufgeschlitzt. Ob der syrische „Ehemann“ geholfen oder den „Ehrenmord“ gar angeordnet hat, ist unbekannt. Beide Geflüchtete flüchten nach der Tat und wurden am Mittwoch am Bahnhof im fränkischen Schweinfurt vorläufig festgenommen. Beide befinden sich nach Feststellung der Personalien jetzt wegen Mordversuchs in Untersuchungshaft, Alaas Bruder ist geständig – er weiß mittlerweile, dass „Untersuchungshaft“ bei „Schutzsuchenden“ in Deutschland eine Lachnummer ist.

Aus der Untersuchungshaft in die Untersuchungshaft

Die Mutter erzählt jetzt, der andere Mann aus Biberach, in den sich Alaa wohl vor ein paar Wochen verliebt hat, sei unverschämt gewesen: „Er behauptete immer wieder, meine Tochter sei seine Frau, ebenfalls nach islamischem Recht. Wer hat Recht? Die Mutter habe am Dienstagabend gekocht, als es passiert sei. BILD: „Ein Familienkrach, der eskaliert sei“.

Die beiden „schwäbischen Schwippschwager“ schickten mit ihren steuerfinanzierten Handys ein Video der Hinrichtung an den „Nebenbulher“ Jamal A. Darin liegt das Opfer Alaa W. mit Blut am Mund und ihren Händen auf dem Bett und hält besorgt ihren Bauch – sie ist im dritten Monat schwanger. Sie fleht: „Bitte – wegen deinem Sohn. Bitte, denk an deinen Sohn. Bitte, tu es fu?r deinen Sohn ...“ Eine arabische Stimme aus dem Hintergrund sagt: „Sag ihm: Du bist auch noch dran!“ Ist das die Stimme des Ehemanns?

„Ich genieße den Anblick, wie sie stirbt“

Dann erscheint ein weiterer Bruder von Alaa im Familienvideo und erklärt auf arabisch: „Du bist auch noch dran, du

Hurensohn. Siehst du, wo ich stehe? Ich genieße den Anblick, wie sie stirbt, und rauche dabei eine Zigarette.“ Auch er ist starker Raucher, so wie der Rest der schrecklich netten Großfamilie.

Alaa fleht: „Bitte ruft einen Krankenwagen ...“ Dann bricht das Video ab. Per WhatsApp wird der Horrorfilm sodann an Jamal gesendet.

Mainstreammedien rätseln über Tatmotiv

Nach den Maßgaben der archaischen Scharia ist der Vollzug der Ehe bei Mädchen ab neun Jahren oder ab dem Einsetzen der Pubertät erlaubt, auch der „Prophet“ vollzog genüßlich die Ehe mit der 9-jährigen Aisha. „Zina“ – der Ehebruch ist ein Verbrechen und kann im schlimmsten Fall mit dem Tode bestraft werden. Fremdgehen und unsittliches Verhalten gelten als Beschmutzung der Familienehre. Dies gilt allerdings nur für Frauen, nicht für ihre „Halter“. Das Scharia-Recht wird im Zuge der angewandten Parallel-Justiz [mittlerweile von deutschen Gerichten anerkannt](#), insbesondere im Familien- und Erbrecht, aber auch zunehmend im deutschen Strafrecht. Sonst würde das historisch einmalige Experiment klar ins Leere laufen.

Ein Sachzusammenhang mit der Scharia und der Tat wird in den Mainstreammedien [jedoch in Frage gestellt](#): „Offen ist aber noch, ob der religiöse Hintergrund der Familie eine Rolle gespielt hat“ ...

Täter war auf „Strobls Schirm“ – CSU stimmt für mehr Familiennachzug

Nach Informationen war der Täter Abd Alrahman W. immerhin schon „auf dem Schirm des Sonderstabs“ von Innenminister Thomas Strobl, CDU, der sich um die Abschiebung von besonders kriminellen Ausländern und Gefährdern kümmern sollte. Ein Ministeriumssprecher reagierte auf die PI-NEWS-Anfrage am Freitag eher zurückhaltend. Das grün-schwarze Baden-

Württemberg tut sich etwas schwer mit der Abschiebung solcher „Schutzbedürftigen“ – wie der Rest Deutschlands auch.

Stephan Mayer, CSU, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion: „Ehrenmorde sind verabscheuungswürdig, weil der oder die Täter ihre Tat mit vermeintlich ethischen, moralischen oder religiösen Gründen rechtfertigen. Deshalb müssen in Deutschland Ehrenmorde hart bestraft werden.“ Derweil stimmten seine CSU-Parteikollegen Monika Hohlmeier und Manfred Weber – zugleich der Vorsitzende der EVP – im Januar in Brüssel den umstrittenen Änderungen bei der Dublin-Reform zu. „Dieses ganze Paket habe man am Ende nicht aufhalten wollen. Wir setzen darauf, dass der Rat vor allem beim Familienbegriff noch Änderungen durchsetzt“, erklärt die gutgläubige CSU-Frau Hohlmeier-Strauß.

Durch den neuen EU-Familienbegriff und die weitere faktische Aushebelung von Dublin-3 erhält Deutschland in Konsequenz noch weitere „geschenkte Großfamilien“ wie diese. Die FDP-Europapolitikerin Nadja Hirsch betonte, es gehe um eine faire Lastenverteilung in der EU und um eine „humane Lösung“ für die Flüchtlinge.

Im Falle des „Ehepaars Alaa 1 und Alaa 2“ gestaltete sich die Lösung ihrer Ehekrise eher „inhuman“, wie üblich. „Alaa 2“ war am Freitag noch nicht vernehmungsfähig.

Die Ermittler gehen von einer „Beziehungstat“ aus ...



Essener Tafel, Germans first: Merkel kann von Trump lernen

Von LUP0 | Die Essener Tafel ist zum Politikum geworden. Man muss nicht die Bertelsmanns-Stiftung mit einer neuen Studie bemühen, warum das so ist. Die Gründe liegen auf der Hand.

In Essen drängelten sich zuletzt 75 Prozent Ausländer zwischen den deutschen Rentnern und anderen Hilfsbedürftigen. Die Alten zogen Leine, die Robusten jungen Ausländer übernahmen. Tafel-Chef Jörg Sator zog die Reißleine und entschied: Germans first! Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag von WELT ergab: [Die Mehrheit der Deutschen \(66 Prozent\)](#) kann das Vorgehen der Essener Tafel nachvollziehen.

An der Tafel entzündete sich, was Deutschland seit Merkels Grenzöffnung umtreibt: die Deutschen fühlen sich von den zwei Millionen Zuwanderern nach und nach an den Rand gedrängt. Sie fragen sich: Warum stellen sich hier Leute an, denen Wohnung und Lebensmittel in ausreichender Menge frei Haus zur Verfügung stehen und nehmen den deutschen Bedürftigen das Essen weg, um es anschließend vielleicht in den Container zu werfen? Die Essener Tafel war die Lunte, die den schwärenden Unmut über die Flüchtlingsproblematik zum Explodieren brachte.

„Es wird doch niemandem etwas weggenommen“, hatten die Kanzlerin und ihre Entourage seit September 2015 behauptet. Mit dieser dreisten Behauptung stand sie nun nackt dar und musste eingreifen. Deshalb ihre ungewohnt- eilige Reaktion, mit der sie die Sator-Entscheidung kritisierte und sich letztlich der Flüchtlings-Seite zuneigte. Damit goss sie jedoch noch mehr Öl ins Feuer.

Die Gutmenschen-Fraktion in Deutschland sprang der Kanzlerin eilfertig zur Seite und bemühte ihre verquere

Flüchtlingsideologie: Es gibt keinen Unterschied zwischen armen Deutschen und armen Zugewanderten. Die Not, nicht der Status der Herkunft sei der Gradmesser für Hilfe. Den Vogel schossen jetzt die Frankfurter Rundschau und der Türkische Verein „ADDemokraten“ ab: Die FR unterstellte den [Essener Tafelmachern Rassismus](#), der ADD will Anzeige erstatten „wegen [Verdacht der Steuerhinterziehung](#)“.

Welche Not? Die „Not“ der vollrundumversorgten „Flüchtlinge“, die noch nicht einmal ihr Klo putzen müssen, etwa? Oder die Not der deutschen Rentner, die Deutschland mit aufgebaut haben, aber im Alter nicht genug zum Leben haben? Die sich schämen, auf Amt zu laufen, jeden Euro zweimal umdrehen und bei der Essener Tafel lieber wegbleiben, als sich von jungen Ausländern wegdrängen zu lassen?

Donald Trump, der Vielgeschmähte, hat sich ohne Wenn und Aber hinter das Wohl seiner Landsleute gestellt. Frau Merkel hat das nicht getan. Sie kann von Trump lernen.



Die Italiener zu regieren ist vergeblich

Von KEWIL | Morgen sind in Italien Wahlen – für alle Gegner des Euro und der EU in der jetzigen Form ein Hoffnungsschimmer. Sie könnte ein wenig ins Wanken kommen. Nun

wissen nicht einmal die Italiener, wer die Wahlen gewinnt und Ministerpräsident wird, geschweige denn wir Ausländer, und alle Umfragen sind mehr als unsicher. Festzustehen scheint, dass die Linken Stimmen verlieren und weder Paolo Gentiloni noch sein Vorgänger Matteo Renzi mit ihrer postkommunistischen Partito Democratico (PD) wieder den neuen Regierungschef stellen werden.

Mehr Chancen hat eine rechte Koalition aus Berlusconis Forza Italia, der Lega von Matteo Salvini, den postfaschistischen Fratelli d'Italia zusammen mit einer weiteren kleinen Splitterpartei. Zudem ist die einst vom Politclown Beppe Grillo gegründete Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento Cinque Stelle) immer noch stärkste Einzelpartei und sehr eurokritisch.

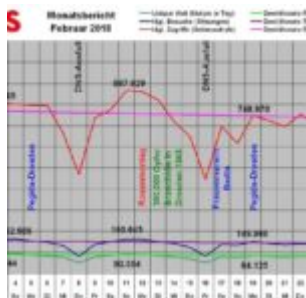
Italien hat mindestens 2,3 Billionen Euro Staatsschulden, ziemlich bankrottverdächtige Banken, die gegen geltendes EU-Recht direkt vom Staat und dem Spitzbuben Mario Draghi, Chef der EZB, am Leben gehalten werden, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 30 Prozent, aber auch eine florierende Schattenwirtschaft. Die Italiener haben sich noch immer durchgewurstelt.

Auftrieb für die Rechten gab die Provinzstadt Macerata, wo nigerianische Asylanten eine 18-jährige Italienerin ermordeten und zerstückelten ([PI-NEWS berichtete](#)), worauf ein junger Italiener durch die Stadt fuhr und gezielt auf Schwarze feuerte. Anders als in Deutschland konnten weniger die Linken davon profitieren, sondern das Thema Flüchtlinge und Asyl kam landesweit in den Fokus. Früher haben die Italiener ganz Afrika einfach nach Norden Richtung Germania durchgereicht, und die Bootsflüchtlinge machten ihnen kein Kopfweh. Seit aber Frankreich und Österreich stärker kontrollieren, haben sie von Sizilien bis Mailand ziemlich Angst, sie könnten auf den Asylanten sitzenbleiben.

Es besteht also Grund zur Hoffnung, dass unerwartete

Wahlergebnisse, lange Koalitionsverhandlungen – gesetzlich sind 40 Prozent für eine Regierung verlangt – und riesige Finanz- und Wirtschaftsprobleme nicht am Brenner halt machen, sondern in den Norden der EU bis nach Brüssel hineinschwappen und die Eurokraten gehörig durchrütteln. Eine rechte Regierung in Rom würde die EU-besoffenen Deutschen gehörig bremsen.

PS: Die Überschrift stammt von Mussolini. Er sagte: „Die Italiener zu regieren ist nicht schwierig. Es ist vergeblich.“ (*Governare gli italiani non è difficile, è inutile.*)



PI-NEWS-Statistik: Februar 2018 – Weiter im Hoch!

Von WSD | Die Statistikerhebung für Februar 2018 ist das drittbeste Allzeit-Ergebnis von PI-NEWS. Zum Rekordvormonat Januar gab es zwar einen Rückgang zwischen fünf und neun Prozent aller erhobenen Statistikwerte, jedoch zum Vorjahresmonat Februar 2017 ist eine fast 50 Prozent Steigerung der Besuchszahlen festzustellen.

Die beiden kurzfristigen DNS-Ausfälle im Februar haben dem erfolgreichen Aufwärtstrend von PI-NEWS leider einen kleinen Dämpfer gegeben.

Neue Tagesrekorde gab es diesmal leider nicht, jedoch im

„Global-Ranking“ von Alexa steht PI-NEWS auf Platz 7.090 und das ist für diesen Blog ein weltweiter neuer Rekordwert. Im „German-Ranking“ von Alexa steht PI-NEWS auf Platz 248 (Stand laut [Alexa](#) vom 2.3.2018).

In absoluten Monatszahlen fanden im Februar 2018 zu PI-NEWS 1,06 Millionen Nutzer (im Monat nur einmal gezählt), diese hatten 3,98 Millionen Sitzungen (Besuche) und haben dabei 20,54 Millionen Seitenaufrufe (Zugriffe) getätigt.

(Mehr Details zur Februar-Statistik auf dem [PI-NEWS-Notfallblog](#))



Laut Gedacht #72: Essen – Nur für Deutsche

In Essen gehen Bedürftige wegen des aggressiven Verhaltens von Flüchtlingen nicht mehr zur Tafel. Diese zieht Konsequenzen und erntet dafür Kritik. Außerdem gibt es einen Grund zu feiern. Der deutsche Patriot und Journalist Deniz Yücel ist wieder auf freiem Fuß. Das und noch mehr im Wochenrückblick des patriotischen Satire-Formats [„Laut Gedacht“](#).